

11/1999

Generalsekretärin Angela Merkel:

## Sozial ungerecht und wirtschaftlich unsinnig

Zu den am 1. April in Kraft getretenen gesetzlichen Neuregelungen erklärte Generalsekretärin Angela Merkel: Statt Entlastungen sind vielfältige Belastungen in Kraft getreten. Statt „Steuerreform für alle“ heißt es nun „Teuerreform für die rot-grüne Kasse“. Das sind die Fakten:

- Benzin und Diesel steigen um 6 Pfennig pro Liter.
- Eine Kilowattstunde Strom steigt um 2 Pfennig.
- Eine Kilowattstunde Gas steigt um 0,32 Pfennig.
- Heizöl steigt um 4 Pfennig pro Liter.
- Einkünfte aus 630-Mark-Verhältnissen müssen jetzt vielfach versteuert werden.

Diese Regelungen sind wirtschaftlich unsinnig, denn sie schaffen nicht einen einzigen Arbeitsplatz. In der Regierungserklärung vom 10. November 1998 erklärte Schröder: „Wir wollen uns jederzeit – nicht erst in vier Jahren – daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.“

Nach einem halben Jahr muß man feststellen: Das Wachstum schwächt sich ab. Investoren und Konsumenten verlieren an Vertrauen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um rund eine halbe Million gestiegen. Die Urteile in- und ausländischer Experten sind vernichtend.

**HERR SCHRÖDER,  
ICH BRAUCH DIE  
630 MARK!**

Angela Merkel: Mit unserer Aktion „Herr Schröder, ich brauch' die 630 Mark“ wollen wir den Menschen eine Stimme geben und unseren Beitrag zur Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit leisten. Siehe auch Seite 31

### Roland Koch

ist am 7. April zum Ministerpräsidenten in Wiesbaden gewählt worden. Mit dem Regierungswechsel in Hessen hat die rot-grüne Bundesregierung ihre Mehrheit im Bundesrat verloren. Seite 13

Fortsetzung auf Seite 3



## Kurz & gut

### Eine gute Lösung

hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, die Verständigung der EU-Staats- und Regierungschefs auf Romano Prodi als neuen Präsidenten der EU-Kommission genannt. Schäuble: „Prodi hat als italienischer Ministerpräsident mit Geschick und Beharrlichkeit den Weg Italiens in die Europäische Wirtschaftsunion geebnet und damit bewiesen, daß er der Zukunft der europäischen Integration besonders verpflichtet ist.“

### SPD verliert an Ansehen

Mit 44 Prozent Zustimmung liegt die Union mittlerweile um zehn Prozentpunkte vor der SPD. Nach einer Forsa-Umfrage erreichen die Grünen sieben, die FDP liegt bei fünf Prozent.

### Bei Jungwählern die Nummer 1

ist nach der repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl vom 7. Februar die hessische CDU. Über zehn Prozent hat sie bei den 18- bis 24jährigen zugelegt und 43 Prozent der Stimmen bei den Wählern in dieser Altersgruppe erreicht. Der Anteil der Grünen hat sich dagegen bei den unter 35jährigen auf rund zehn Prozent halbiert. Die SPD liegt bei den Jung- und Erstwählern nach einem Verlust von 2,2 Punkten bei 30,8 Prozent.

### „Fisch und Chips“

Auf diesen Nenner hat Volker Heide Tradition und Heimatverbundenheit einerseits, Zukunft und Moderne andererseits gebracht, um auszufrücken, worum es für Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl am 27. Februar nächsten Jahres geht. Ruhe auf dem Landesparteitag in Pahlen: „Mit Rot-Grün ist das nicht zu machen.“

## Regierung bereitet Erhöhung der Mehrwertsteuer vor

„Die Dementis aus Bonn leiden unter Atemschwäche.“ Er sei deshalb sicher, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer vorbereitet werde. Der wahre Grund für

die Erhöhung – so Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel im Mitteldeutschen Rundfunk – habe nichts mit dem Familien-Urteil des Bundesverfassungsrichts

zu tun, wie von interessierter Seite gestreut wird, sondern mit der leichtfertigen Verteilung aller möglichen Wohltaten zum 1. Januar. So sei beispielsweise die

notwendige Reform bei den Renten zurückgenommen worden, ohne „durchkalkuliert“ worden zu sein. Der Preis für die Rücknahme müsse nun bezahlt

werden. Nach den neuen Belastungen, die zum 1. April wirksam werden, wäre eine höhere Mehrwertsteuer nicht mehr zu verkraften und „Gift für die Wirtschaft“.

**CDU**

## DAS WICHTIGSTE NR. 11 DER WOCHE AUF EINER SEITE

**Kaum haben sie die Stromsteuer eingeführt und die Abgaben auf Benzin, Diesel und Gas erhöht, schielen sie nach der Mehrwertsteuer.**

Die Welt zum rot-grünen „Steuerbankett“

## CDU-Generalsekretärin Angela Merkel: Europa muß man richtig machen

Am 13. Juni entscheidet die Europawahl über die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament. Die Europawahl ist zugleich von großer nationaler Bedeutung. Sie ist der erste bundesweite Stimmtest für Rot-Grün.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen die Europawahl gewinnen und als CDU unseren Beitrag dafür leisten, daß die Europäische Volkspartei wieder stärkste Kraft im Europaparlament wird. Wir wollen die Vormachtstellung der Sozialisten brechen und die bürgerlichen Kräfte stärken.

### Deutlicher Kompetenzvorsprung

Die Ausgangslage ist gut: Die Deutschen kennen die Verdienste der CDU auf europäischer Ebene. Wir sind die deutsche Europapartei. In der Europapolitik haben wir einen deutlichen Kompetenzvorsprung vor allen anderen Parteien. Gleichzeitig liegen wir in bundespolitischen Umfragen erstmals seit zwei Jahren wieder vor der SPD – je nach Institut sogar sehr deutlich. Rot-Grün hat seinen Vertrauensvorsprung verspielt. Die Schröder-Regierung arbeitet

schlecht. Investoren und Konsumenten haben das Vertrauen verloren. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Die Regierung kann kein einziges gelungenes Projekt aufweisen. Mit den Plänen für einen schnellen Atomausstieg und mit der generellen Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft hat sie erhebliches Porzellan zerbrochen. Die zum 1. April wirksame Ökosteuer, die Neuregelung bei den 630-DM-Jobs und die drohende Mehrwertsteuererhöhung sind ein Anschlag auf die kleinen Leute.

Im Ausland steigt der Unmut über das schlechte Management der deutschen Ratspräsidentschaft. Weil Schröder schlecht vorbereitet ist, muß er viele Kompromisse machen. Die Agenda 2000 ist so, wie sie beschlossen worden ist, nicht akzeptabel. Sie verschlechtert die Lage der deutschen Landwirte.

Alles in allem ist deutlich geworden: Rot-Grün kann keine Probleme lösen. Rot-Grün ist das Problem. Deutschland braucht eine starke CDU als Gegengewicht zu einer schwachen Regierung.

### Zunächst einmal vom Tisch

ist die Einführung der regelmäßig doppelten Staatsbürgerschaft. Dieser Erfolg der Unterschriftenkampagne von CDU und CSU darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch das von der rot-grünen Regierung favorisierte

sog. „Optionsmodell“ auf schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken stößt. Wolfgang Schäuble: „Es schließt die Möglichkeit nicht aus, daß die doppelte Staatsbürgerschaft diesmal ‘durch die Hintertür’ eingeführt wird.“

### Millionen von Minijobbern

brauchen sich die Schikane nicht gefallen zu lassen. Auf einer von der CDU-Bundesgeschäftsstelle vorbereiteten „roten“ Post-Karte können sie jetzt dem eigentlichen Verursacher ihren Unmut deutlich machen und gegen

das bürokratische Ungeheuer „Neuregelung der 630-DM-Jobs“ protestieren. CDU-Generalsekretärin Angela Merkel: „Wir wollen doch mal sehen, ob sich Rot-Grün durch massive Kritik nicht zur Vernunft bringen läßt.“



**Fortsetzung von Seite 1**

Die Regelungen sind sozial ungerecht, denn sie treffen vor allem Studenten, Rentner, Berufseinsteiger, Geringverdienender und Pendler. „Wir wollen die Gesellschaft zusammenführen“, heißt es in der Regierungserklärung. Jetzt werden vor allem diejenigen benachteiligt, die nicht über eine lautstarke Lobby verfügen.

**Preisstabilität gefährdet**

Die Regelungen gefährden die Preisstabilität, denn Ökosteuern und die geplante Mehrwertsteuererhöhung treiben die Preise. Der Euro, der im Januar einen hervorragenden Start hingelegt hat, gerät zunehmend unter Druck. Grund ist auch, daß sozialistische und sozialdemokratische Regierungen in Europa zu einer „Politik des leichten Geldes“ tendieren.

Nach einem halben Jahr kann die Regierung auf kein einziges gelungenes Projekt verweisen. Weil es kein Konzept gibt, wird „Nachbessern“ zum Handlungsprinzip der Schröder-Regierung: ob beim Atomausstieg, der doppelten Staatsangehörigkeit, der Steuerreform oder zuletzt

der Agenda 2000. „Nachbessern“ statt „Nachdenken“ charakterisiert den Schröder-Regierungsstil.

Die unüberlegten Handlungen der Regierung haben mit der Neuregelung der 630-Mark-Verhältnisse ihren Höhepunkt erreicht. Statt – wie auch von der ehemaligen Regierung geplant – den Mißbrauch zu bekämpfen, wird jetzt vor allem abkassiert.

Die Neuregelung der 630-Mark-Verhältnisse ist sozial ungerecht. Ausgerechnet, wer eine Rente erhält, eine Unterhaltsleistung bezieht oder Zinseinkünfte aus Spargbüchern erhält, muß seine Einnahmen versteuern. Die MillionärsGattin, die über keine weiteren Einnahmen verfügt, bleibt steuerfrei.

**Großer Verwaltungsaufwand**

Die Neuregelung der 630-Mark-Verhältnisse führt zu unverträglichem Bürokratismus. Jeder, der eine Putzhilfe beschäftigt, muß sich eine Betriebsnummer geben lassen. Die Putzhilfe muß beim Finanzamt ihres Wohnsitzes einen „Antrag auf Erteilung einer Bescheinigung zur Freistellung des Arbeitgebers für ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis“ stellen oder eine

**HEUTE AKTUELL****● Verteidigungsbündnis**

Generalsekretärin Angela Merkel: Die CDU dankt der NATO für 50 Jahre Freiheit und Frieden. Seite 4

**● Kosovo**

Wolfgang Schäuble: Die NATO-Reaktion ist notwendig und unvermeidlich. Seite 5

**● In Kraft**

Schröders Steuerpolitik: Weder ökologisch noch sozial. Mit Flugblattvorlagen zum „Steuerentlastungsgesetz“, zur „Öko-Steuer“ und den 630-Mark-Jobs. Seite 7-12

**● Altersversorgung**

Riester fummelt wieder an der Rente. Seite 9

**● Hessen**

Roland Koch neuer Regierungschef. Seite 13

**● Ausbildungsförderung**

Werner Lensing: Der Ausbau des Meister-BAföG hat hohe Priorität. Seite 20

Angelika Volquartz: BAföG-Strukturreform schnell vorlegen. Seite 21

**● Senioren-Union**

Europa mitgestalten 3. Kongreß der Europäischen Senioren-Union in Köln. Seite 28

**● Schleswig-Holstein**

CDU hat mit Volker Rühle die besten Chancen. Seite 30

**● UiD Extra**

Die Ergebnisse des Sondergipfels des Europäischen Rats in Berlin. Innenteil

**● Dokumentation**

Änderungen am 1. April. Schröders Steuerbürokratie in Kraft. Grüner Teil



Generalsekretärin Angela Merkel:

## Die CDU dankt der NATO für 50 Jahre Freiheit und Frieden

**Vor 50 Jahren, am 4. April 1949, wurde die NATO gegründet. Seit einem halben Jahrhundert sichert die Atlantische Allianz Freiheit und Demokratie, Stabilität und Sicherheit in Europa. Mit dem Beitritt Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns im März 1999 und dem neuen strategischen Konzept legt die Atlantische Allianz die Grundlagen für eine Fortführung ihrer erfolgreichen Politik im 21. Jahrhundert.**

Deutschland trat dem Bündnis 1955 bei. Die CDU Deutschlands hat sich seitdem mit aller Kraft für die transatlantische Partnerschaft eingesetzt, Wiederbewaffnung und NATO-Beitritt, NATO-Doppelbeschluß und Auslandseinsätze der Bundeswehr durchgesetzt und unser Land voll bündnisfähig gemacht. Einer der bedeutendsten NATO-

Generalsekretäre, Manfred Wörner, war führender CDU-Politiker. Als Verteidigungsminister hat sich Volker Rühle mit aller Kraft für die Osterweiterung der NATO eingesetzt.

Wir werden auch in Zukunft zur Allianz stehen. Die NATO ist für uns nicht nur ein Verteidigungsbündnis, sondern zugleich internationale Sicherheitsorganisation und Wertegemeinschaft. Dies zeigte sich beim SFOR-Einsatz in Bosnien-Herzegowina und bei den NATO-Lufteinsätzen zur Lösung der Kosovo-Krise.

Um ein deutlich sichtbares Zeichen der Verbundenheit der CDU Deutschlands zur NATO zu setzen, wird die CDU Deutschlands den 50. Geburtstag der NATO am 16. April in Berlin feiern und der Allianz für ihren Einsatz danken.

Lohnsteuerkarte beantragen. Der Aufwand bei Sozialversicherungen, Finanz- und Gemeindeverwaltungen steigt unvermeidbar.

Die Neuregelung der 630-Mark-Verhältnisse schafft keine soziale Sicherheit. Für ein Jahr Beitragsleistung erwirbt der Arbeitnehmer einen Rentenanspruch von 4,17 DM pro Monat. Voraussetzung dafür, daß dieser Rentenanspruch im Alter durchgesetzt werden kann, ist die Erfüllung der sog. Wartezeit. Diese hat ein geringfügig Beschäftigter aber erst nach 42 Jahren und 2 Monaten erreicht. Das bedeutet, daß er über 42 Jahre lang einen 630-Mark-Job haben muß, um im Alter ei-

ne Rente von 170 DM im Monat zu bekommen. Um einen Rentenanspruch in Höhe der Sozialhilfe zu erlangen, genügen 150 Jahre Beitragszahlung.

Gerade Studenten und Geringverdiener sind auf die 630-Mark-Jobs angewiesen. Bürokratie und finanzielle Einbußen stellen sie vor die Wahl: Verzicht oder Schwarzarbeit.

Mit unserer Aktion „Herr Schröder, ich brauch' die 630 Mark“ wollen wir diesen Menschen eine Stimme geben und einen Beitrag zur Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland leisten. ■



Wolfgang Schäuble:

# Die Nato-Reaktion ist notwendig und unvermeidlich

Die Luftschläge der NATO-Streitkräfte auf serbische Ziele sind die traurige, aber unvermeidliche Konsequenz aus der halsstarrigen und durch nichts zu begründenden Weigerung des jugoslawischen Präsidenten Milosevic, das Friedensabkommen für den Kosovo zu unterzeichnen und dem Morden Einhalt zu gebieten. Niemand hat der Militäraktion freudig zugestimmt. Aber es konnte nie ein Zweifel daran bestehen, daß die NATO nicht nur mit der Anwendung von Gewalt droht, sondern auch bereit ist, die Drohung wahrzumachen.

Wir haben im Oktober letzten Jahres dem Antrag der Bundesregierung über den Einsatz im Kosovo zugestimmt. Den meisten von uns war schon damals bei dieser Debatte im Bundestag klar, daß wir eine Entscheidung von ungewöhnlicher Verantwortung und Tragweite getroffen haben. Wir haben im Januar und im Februar dieses Jahres erneut über diesen Einsatz diskutiert, und wir haben keinen Zweifel daran gelassen, daß wir zu unserer Entscheidung vom Oktober stehen, daß sie richtig und notwendig war.

Wir sind in den zurückliegenden Wochen durch die Bundesregierung zu jedem Zeitpunkt korrekt unterrichtet worden. Deswegen gibt es in dieser Frage zwischen der großen Oppositionsfraktion und der Bun-

desregierung keinen Dissens. Sie kann sich auf die Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion verlassen.

## Die Risiken kleinhalten

Auf die Unterstützung des ganzen Parlaments können sich vor allen Dingen die Soldaten der Bundeswehr und die Soldaten der Streitkräfte unserer Verbündeten im atlantischen Bündnis verlassen. Wir gehen davon aus, daß die menschenmögliche Vorsorge getroffen worden ist, um die Risiken für alle so klein wie möglich zu halten. Wir gehen auch davon aus, daß alles Menschenmögliche im Rahmen der atlantischen Allianz getan wird, um die Risiken für die unschuldigen Menschen in Jugoslawien so gering wie möglich zu halten.

Vielleicht hat man eher zu lange versucht, das zu verhindern, was jetzt durch die Uneinsichtigkeit der Regierung in Belgrad unvermeidlich notwendig geworden ist, so bitter das auch ist. Wenn wir unsere Verantwortung für Frieden, für Freiheit und für Menschenrechte ernst nehmen, haben wir keine Alternative. Deswegen muß unser geschlossener Appell an den Aggressor lauten: Das Morden in Europa muß aufhören. Die Gemeinschaft der Demokraten dieser Erde und der Europäer muß die Kraft haben, das Ende des Mordens durchzusetzen.

Unsere

Elektronischen

Adressen:

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

\*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: [post@www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)



Wolfgang Schäuble:

## Statt Mißbrauch zu bekämpfen, wird jetzt abkassiert

**Zu den vielen Negativ-Rekorden, die die Schröder-Regierung seit ihrem Amtsantritt eingestellt hat, kommt nun das fragwürdige Verdienst hinzu, den schlechtesten aller April-Scherze fabriziert zu haben. Denn am 1. April ist die neue Regelung zu den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen in Kraft getreten. Das Gesetz ist eine Ansammlung von Absurditäten, Überregulierung und zusätzlichen Belastungen für die Bürger. Statt Mißbrauch zu bekämpfen, wird jetzt vor allem abkassiert.**

So ist die behauptete Steuerfreiheit für die ganz überwiegende Zahl der Beschäftigten eine Mär. Nur wer keine zusätzlichen Einkünfte hat, muß für seinen Lohn aus geringfügiger Beschäftigung keine Steuern zahlen. Dies betrifft jedoch nur eine Minderheit. Für die meisten gilt: Neben die Sozialversicherungspflicht tritt zusätzlich die Steuerpflicht.

Wer beispielsweise Rente oder Zinseinkünfte oberhalb der Freibeträge erhält, muß auch auf seinen Nebenverdienst Steuern zahlen. Auch Arbeitnehmer mit einer Hauptbeschäftigung oder weiteren geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen unterliegen der normalen Steuerpflicht. Nur das Einkommen des Ehegatten wird bei der Ermittlung der weiteren Einkünfte nicht berücksichtigt. Die Millionärsgattin kann also steuerfrei hinzuverdienen, während die geschiedene Mutter Steuern auf ihren 630-DM-Job zahlen muß, wenn sie Unterhalt erhält.

Die Neuregelung soll nur selbstverschuldete Löcher in den Sozialkassen stopfen helfen, schafft aber keine soziale Sicher-

heit. Den Arbeitnehmern jedenfalls bringt die Umwandlung der Steuerschuld in eine Sozialversicherungsschuld nicht das Geringste. Für ein Jahr Beitragsleistung, die der Arbeitgeber künftig in die Rentenversicherung abführen muß, erwirbt der Arbeitnehmer einen Rentenanspruch von 4,17 DM im Monat. Durchsetzen kann er diesen Anspruch aber erst nach der Erfüllung der sogenannten Wartezeit. Das bedeutet, daß ein geringfügig Beschäftigter über 42 Jahre lang einen 630-DM-Job haben muß, um im Alter eine Rente von 176 DM pro Monat zu bekommen.

Schließlich bringt die Neuregelung auch einen unverantwortlichen Zuwachs an bürokratischem Aufwand für alle Beteiligten. Jeder, der eine Putzhilfe beschäftigt, muß sich eine Betriebsnummer geben lassen.

### Mit unserer Aktion den Menschen eine Stimme geben

Nahezu alle Fachleute sind sich einig: Die Neuregelung bringt für Arbeitnehmer und Arbeitgeber nur zusätzlichen Aufwand und zusätzliche Kosten, aber weniger Verdienst. Die Flucht in die Schwarzarbeit wird zunehmen, der Bürokratismus wird steigen. Viele Menschen, vor allem Geringverdiener und Studenten, sind aber auf die 630-DM-Jobs angewiesen. Bürokratie und finanzielle Einbußen stellen sie vor die Wahl: Verzicht oder Schwarzarbeit. Mit unserer Aktion „Herr Schröder, ich brauch' die 630 Mark“ wollen wir diesen Menschen eine Stimme geben. Denn sie finden diesen April-Scherz alles andere als lustig. ■



## Schröders Steuerpolitik:

# Weder ökologisch noch sozial

Die Politik von Bundeskanzler Schröder zeigt, daß die Schuhe Helmut Kohls für ihn viel zu groß sind. Vor der Bundestagswahl verkündete Schröder: „Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen.“ Heute zeigt sich immer mehr: vieles wird anders, aber nichts besser. Unseriöse und unsolide Vorhaben schaden Deutschland. Schröder hat alles zur „Chefsache“ gemacht – Bündnis für Arbeit, Steuerreform, Energiekonsens, 630-Mark-Jobs, Aufbau Ost, Doppelpaß, Atomausstieg, Ökosteuer. Und das Ergebnis? Regierungschao soweit das Auge reicht. Hierfür trägt Kanzler Schröder die volle Verantwortung. Auch die Wirtschaft ist in großer Sorge. Nach ihrer Auffassung hat die rot-grüne Bundesregierung die von uns hinterlassenen guten Startbedingungen nicht genutzt, sondern statt dessen die Unternehmen durch den „schlingernden Kurs“ ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik stark verunsichert.

Vor allem die hektische, konzeptionslose und widersprüchliche Steuerpolitik verunsichert Bürger und Unternehmen. Wer Gesetze beschließt in dem gleichzeitigen Wissen, daß weiter nachgebessert werden muß, schafft weder Klarheit noch Vertrauen. Klar ist nur: Abkassieren und Nachbessern ersetzen keine Konzepte. Schröders Regierungschao kommt Bürger und Unternehmen teuer zu stehen. Der Aufschwung ist gestoppt. Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich. Die Arbeitslosigkeit steigt. Seit Amtsantritt Schröders sind 500.000 Menschen zusätzlich arbeitslos geworden. Die Investitionen gehen zurück. Das Wirtschaftswachstum schwächt sich ab. Trotzdem wollen Rot-Grün ihre arbeitsplatzfeindliche und sozial unausgewogene Steuerpolitik fortsetzen.

Das von Rot-Grün vorgelegte sogenannte „Steuerentlastungsgesetz“ greift zu kurz und ist ökonomisch wie auch sozial verfehlt. Die Steuersätze werden in Trippelschritten nur geringfügig abgesenkt. Der Eingangsteuersatz sinkt auf nur knapp unter 20 Prozent. Der Höchststeuersatz auf nicht-gewerbliche Einkünfte soll nur von 53 auf 48,5 Prozent gesenkt werden. Der Einkommensteuerhöchstsatz auf gewerbliche Einkommen soll auf 43 Prozent und der Körperschaftsteuersatz auf im Unternehmen einbehaltene Gewinne auf 40 Prozent gesenkt werden. Der für ausländische Investoren wesentliche Ausschüttungssatz bleibt dagegen unverändert bei 30 Prozent. Auf eine Nettoentlastung müssen die Steuerzahler sogar bis zum Wahljahr 2002 warten. Und selbst dann fällt die Entlastung bescheiden aus. Sie werden bereits heute durch Steuererhöhungen an anderer Stelle – Einführung einer Stromsteuer und Erhöhung der Mineralölsteuer – und dadurch steigende Preise vielfach wieder aufgeessen.

## Unternehmen und Mittelstand legen drauf

Mehr Steuern werden vor allem Unternehmen und Mittelstand bezahlen müssen. Der Finanzierungsanteil der Reform aus dem Unternehmensbereich beträgt rund drei Viertel Prozent, sein Entlastungsanteil dagegen nur rund ein Viertel Prozent. Rot-Grün stellt zwar Unternehmen und Mittelstand einen einheitlichen Unternehmensteuersatz von 35 Prozent in Aussicht. Sie müssen gleichzeitig jedoch damit rechnen, daß sie eine Senkung über Belastungen an anderer Stelle selbst finanzieren werden müssen.



Die rot-grünen Steuerpläne machen das Steuerrecht für Arbeitnehmer, Mittelstand und Unternehmen weitaus komplizierter. Neue Ausnahmen und zusätzliche Regelungen wie zum Beispiel die geplante Einführung einer Mindestbesteuerung oder die weiterhin geplante Begrenzung des Ehegatten-Splittings führen zu einem erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Mit der starken Spreizung der Höchststeuersätze von mehr als 13 Prozentpunkten zwischen gewerblichen und privaten Einkommen läßt Rot-Grün geradezu zur „Steuergestaltung“ ein.

## Schröder-Regierung provoziert hohe Arbeitslosigkeit

Gerecht ist, was Investitionen fördert und Beschäftigung schafft. Wer dagegen Unternehmen und Mittelstand einseitig stärker belastet, gräbt dem Brunnen das Wasser ab, das ihn speist. Umverteilung zu Lasten derjenigen, die in der sozialen Marktwirtschaft Arbeitsplätze schaffen sollen, ist eine sozial unausgewogene Strategie. Was hat ein Arbeitnehmer von einer Steuerreform, wenn die Steuern auf seinen Arbeitsplatz steigen und diesen gefährden? Was hat ein Arbeitsloser von einer Steuerreform, wenn ihm die Perspektiven auf einen wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz am ersten Arbeitsmarkt verschlossen werden? Die Leidtragenden einer Steuererhöhungs- und -umverteilungspolitik werden letztlich Arbeitnehmer und Arbeitslose und ihre Familien sein.

## Die Ökosteuer kassiert bei Schwachen ab

Mit der Einführung der sogenannten Ökosteuern wird dem Steuerzahler eine Steuererhöhung dadurch schmackhaft gemacht, daß ihm vorgegaukelt wird, sie diene dem Umweltschutz. Schaut man allerdings genauer hin, so blickt man ganz schnell hinter die Ökofassade. Der angebliche

Einstieg in die ökologische Steuerreform hat mit Umweltschutz nur wenig im Sinn. Strom wird pauschal besteuert, Emissionen zum Beispiel von CO<sub>2</sub>, die den Treibhauseffekt befördern, bleiben außen vor. Auch der öffentliche Nahverkehr wird paradoxerweise mit Ökosteuern belastet. Die Steuermehreinnahmen werden eingesetzt, um die Beiträge zu den Sozialversicherungen zu senken. Ökosteuern sind aber kein Ersatz für strukturelle Reformen, um die Lohnzusatzkosten dauerhaft zu verringern.

Es ist unverantwortlich, sich in einem gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Finanzraum durch Steuererhöhungen im nationalen Alleingang um notwendige Reformen herumzudrücken. Die Schröder Regierung treibt mit der Einführung der Ökosteuern die Ausgaben für die Betriebe in die Höhe und verhindert dadurch, daß Arbeitsplätze erhalten beziehungsweise neue geschaffen werden können.

Die Zeche dieser unseriösen Steuerpolitik zahlen letztlich die Schwächsten der Gesellschaft: Rentner, Studenten, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, die im Rahmen der Lohnnebenkostenerstattung nicht einmal die ohnehin geringe Entlastung von 0,4 Prozent erhalten, weil sie gar keinen Lohn empfangen. Belastet werden gerade auch Familien mit Kindern, die noch die wenigsten Möglichkeiten zur Energieeinsparung haben.

Mehr für Umweltschutz und Energieeinsparung wird erreicht, indem wir mit attraktiven Rahmenbedingungen bei Steuern, Abgaben und Kosten und weniger staatlicher Bevormundung Investitionen in moderne Technologien fördern.

## Neuregelung der 630 DM-Jobs sozial unausgewogen

Die Neuregelung der 630 DM-Jobs ist ein weiteres Stück aus dem Tollhaus der Schröder-Regierung. Durch eine Ansammlung von Absurditäten, Überregulierung



## Riester fummelt wieder an der Rente

**Zum Plan des Bundesarbeitsministers für die Einführung einer Mindestrente erklärte die sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieper-Jastram:**

Mit der Ankündigung, eine bedarfsorientierte Mindestsicherung in die Rentenversicherung einzubauen, begehrt Herr Riester wieder einmal offenen Systembruch. Die Rente orientiert sich dann nicht mehr am Zusammenhang zwischen Beitrag und Leistung und wird damit zum Almosen degradiert. Es geht hier aber um wohl erworbene Ansprüche von Menschen, die ein Erwerbsleben lang in die Rentenversicherung einbezahlt haben.

Die Leistung, für die ein Durchschnittsverdiener 25 Jahre Beiträge erbringen muß, stünde anderen dann auch ohne Vorsorge zu. Das führt zu Aussteigertum und Schwarzarbeit.

Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung soll die Rente „armutsfest“ gemacht werden. Das geht am Bedarf vorbei. Altersarmut ist in Deutschland

zum Glück kein Thema. Aus dem Bezug von niedrigen Renten darf nicht auf Altersarmut geschlossen werden. Nach einer Erhebung aus dem Jahre 1995 lag das durchschnittliche Nettohaushaltseinkommen z. B. der Witwen im alten Bundesgebiet bei 2.086 DM, das der geschiedenen Frauen bei 1.890 DM und das der Ehepaare bei 3.769 DM. Würden sich die Pläne des Bundesarbeitsministers durchsetzen, dann hätten wir eine Sozialhilfe „de Luxe“ für Rentner.

Alleinerziehende Mütter, Kinder und Jugendliche, die in weit höherem Maße auf Sozialhilfe angewiesen sind, würden leer ausgehen.

Auch setzt Herr Riester mit seinem Vorschlag eine Lunte für eine gewaltige Explosion der Beitragssätze. Der Vorschlag von Herrn Riester wird zu einer erheblichen Mehrbelastung der Rentenversicherung führen und damit die Stabilität des Systems insgesamt in Frage stellen. Belastet wird mit diesem Vorschlag wieder einmal die jüngere Generation.

und zusätzlichen Belastungen für die Bürger werden die 630-DM-Jobs unattraktiv gemacht. In der Praxis kommt das einer Abschaffung gleich. Die Zeche der rot-grünen Umverteilungspolitik zahlen auch hier einmal mehr die Schwachen. Statt sozialer Ausgewogenheit gibt es mehr Bürokratie und Regulierungsgestrüpp. Die Neuregelung gibt keine sinnvolle Antwort auf die strukturellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt und vernichtet Arbeit. Wir brauchen mehr Dynamik im Bereich der Niedriglohnbeschäftigung und der Teilzeitarbeit sowie strukturelle Reformen, die niemanden überfordern, aber die

Beiträge zu den Sozialversicherungen auf unter 40 Prozent senken. Nur so entstehen mehr reguläre Arbeitsplätze und wird Schwarzarbeit unattraktiv.

### Schröder-Regierung ohne Zukunftskonzept

Wer an der Belastung mit Steuern und Abgaben etwas ändern will, der muß das Steuersystem insgesamt reformieren. Zwischen belasteten Gruppen Neid und Mißgunst schüren, ist ebenso wenig hilfreich, wie Arbeitnehmern und Arbeitslosen Perspektiven auf Beschäftigung verschließen. ■



## „Steuerentlastungsgesetz“:

# Wirtschaftspolitisch untauglich und sozial ungerecht

**A**m 1. April ist das Steuerflickwerk der Schröder-Regierung in Kraft getreten. In einem chaotischen und hektischen Schnelldurchlauf wurde wider alle Vernunft das wirklichkeitsferne „Steuerentlastungsgesetz“ gegen Unternehmen und Bürger durchgepeitscht. Aus ideologischer Verblendung wurden alle Bedenken der Experten ignoriert. Folge: Das rot-grüne Steuergesetz muß nachgebessert werden. Es ist

### ● leistungsfeindlich:

Die Steuersatzsenkungen sind halbherzig und unzureichend. Teilweise werden für jede zusätzlich verdiente Mark sogar mehr Steuern fällig. Nettoentlastung vor dem Wahljahr 2002: Fehlanzeige! **Folge:** Steuervermeidung und Schattenwirtschaft werden gefördert.

### ● arbeitsplatzfeindlich:

Unternehmen und Mittelstand werden mit 10 Milliarden DM jährlich zusätzlich belastet. **Folge:** Die Aufträge bei den Unternehmen gehen zurück, die Aussichten auf Neueinstellungen verschlechtern

sich. Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist um 500.000 dramatisch angestiegen.

### ● bürokratisch:

Die Schröder Regierung macht das Steuerrecht nicht einfacher, sondern komplizierter. Selbst Steuerverwaltung und Steuerberater kapitulieren vor dem Steuerchaos wie z. B. bei Mindestbesteuerung oder Teilwertabschreibung.

### ● sozial ungerecht:

Arbeitnehmer und ihre Familien haben nichts von der Steuerumverteilung, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Arbeitslosen nutzt sie schon gar nicht, wenn ihnen der Weg in eine sichere Arbeit versperrt wird.

Die Schrödersche Steuerumverteilung ändert nichts an der Steuerbelastung, aber schwächt Kaufkraft und Wirtschaft. Die Zeche zahlen Arbeitnehmer, Arbeitslose, sozial Schwache und ihre Familien. Weniger Steuern und mehr Arbeitsplätze sind unverzichtbar für Gerechtigkeit und mehr Wohlstand für alle. **Dafür steht nur die CDU!**



„Ökosteuer“:

## Schröders Griff in die Taschen der Bürger

**A**m 1. April ist die neue „Ökosteuer“ der Schröder-Regierung in Kraft getreten. Entgegen der vernichtenden Kritik aller Experten wurde ein Gesetz in einzigartig chaotischer Weise durchgepeitscht. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes wird bei Bürgern und Unternehmen abkassiert. Die neue Steuer ist

### ● **umweltpolitisch unsinnig:**

Sie setzt weder Anreize zum Energiesparen noch zum Umstieg auf andere Energiequellen. Sie unterscheidet nicht zwischen klimafreundlicher und klimafeindlicher Energie und leistet keinen Beitrag zur Senkung des Schadstoffausstoßes.

### ● **arbeitsplatzfeindlich:**

Deutschland verliert durch die höheren Energiepreise im internationalen Wettbewerb an Attraktivität. Die Folge des nationalen Alleingangs: mehr Investitionen im Ausland und weniger Arbeitsplätze in Deutschland.

### ● **sozial ungerecht:**

Derjenige, der nicht sozialversicherungspflichtig ist, muß mehr Steuern zahlen, ohne daß er in den Genuß niedrigerer Sozialversicherungsbeiträge kommt. Rentner, Studenten, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zahlen drauf. Auch Familien mit Kindern, die die geringsten Möglichkeiten haben, Energie zu sparen, werden geschöpft.

### ● **bürokratisch:**

Den Unternehmen wird mit der Einführung eines äußerst komplizierten Erstattungsverfahrens ein unzumutbarer Verwaltungsaufwand aufgebürdet.

Die rot-grüne „Ökosteuer“ ist ein Schritt in die falsche Richtung und ein Rückschlag für den Umweltschutz. Wer Umwelt und Wirtschaft in Einklang bringen will, muß Steuern und Abgaben senken, Investitionen in moderne Technologien und damit mehr Umweltschutz fördern. Nur so hat Deutschland eine Zukunft, die sowohl ökonomisch erfolgreich, als auch ökologisch verantwortlich ist. **Hierfür steht nur die CDU!**



## 630-DM-Jobs:

# Bürokratisch und sozial ungerecht

**D**ie Neuregelung der 630 DM-Jobs ist ein weiteres Stück aus dem Tollhaus der Schröder-Regierung. Durch eine Ansammlung von Absurditäten, Überregulierung und zusätzlichen Belastungen für die Bürger werden die 630-DM-Jobs unattraktiv gemacht. In der Praxis kommt das einer Abschaffung gleich. Die Zeche der rot-grünen Umverteilungspolitik zahlen auch hier einmal mehr die Schwachen. Statt sozialer Ausgewogenheit gibt es mehr Bürokratie und Regulierungsgestrüpp. Die Neuregelung der 630-Mark-Jobs ist

### ● unsozial:

Denn nun sind für die Arbeitgeber nur privat versicherte Arbeitnehmer attraktiv, da der Arbeitgeber für sie keinen Beitrag in Höhe von zehn Prozent zur Krankenversicherung zahlen muß. Normalverdiener, Rentner und Studenten, die auf einen Hinzuverdienst angewiesen sind, werden hier um Einkommenschancen gebracht.

### ● bürokratisch und überreguliert:

Denn die Regelungen sind so kompliziert, daß selbst erfahrene Steuer-

berater und gestandene Lohnbuchhalter ratlos sind. Die Rathäuser müssen rund 2 Millionen zusätzliche Lohnsteuerkarten ausstellen. Allein elf Fälle der Sozialversicherungspflicht müssen unterschieden werden.

### ● teuer für Arbeitgeber und Arbeitnehmer:

Denn für den Arbeitnehmer bleibt weniger übrig und der Arbeitgeber muß wesentlich mehr ausgeben. Die Folge in vielen Fällen: Die Betroffenen wandern in die Schwarzarbeit ab.

### ● frauenfeindlich:

Denn die Zusatzeinkünfte einer alleinerziehenden Mutter, die sich auf 630-DM-Basis etwas hinzuverdient, werden voll in die Besteuerung einbezogen, während die Millionärsgattin von der Steuer freigestellt bleibt.

Die Neuregelung gibt keine sinnvolle Antwort auf die strukturellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt und vernichtet Arbeit. Wir brauchen mehr Dynamik im Bereich der Niedriglohnbeschäftigung und der Teilzeitarbeit sowie strukturelle Reformen. **Dies gibt es nur mit der CDU.**



# Roland Koch neuer Regierungschef

Mit allen 56 Stimmen, über die CDU und FDP im neuen Landtag verfügen, ist Roland Koch zum neuen hessischen Ministerpräsidenten gewählt worden. Die anwesenden 53 Abgeordneten von SPD und Grünen stimmten gegen Koch.

Nach Übernahme der Amtsgeschäfte dankte Roland Koch seinem Amtsvorgänger für dessen Arbeit: Sie haben die Interessen des Landes mit großem Engagement, mit Ernst und Sachkunde wahrgenommen. Dafür gebührt Ihnen der Dank aller Hessen.

## Punkte, an denen wir uns messen lassen wollen

Als eines seiner wichtigsten politischen Ziele hat der neue Ministerpräsident die Stärkung der inneren Sicherheit bezeichnet. Dabei strebe er vor allem schnellere Gerichtsverfahren an.



Als weitere Aufgaben nannte Roland Koch eine Unterrichtsgarantie in den Schulen, die Verbesserung der Lage in den Hochschulen und die Entscheidung über die Zukunft des Frankfurter Flughafens. Roland Koch: „Das sind Punkte, an denen wir uns messen lassen wollen.“

In seiner Erklärung nach der Vereidigung hat Roland Koch die Oppositionsparteien zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der neuen Landesregierung eingeladen. Auch die Mitarbeiter der Landesverwaltung bat er um Unterstützung und versprach Vereinen und Verbänden, daß er für ihre Anliegen eine „offene Tür“ haben werde.

## Zukunftsorientierte Alternative

Wir unterstützen die Kandidatur von Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski für das Amt der Bundespräsidentin am 23. Mai:

- Dr. Michael Endres
- Dr. Hans-Olaf Henkel
- Prof. Dr. Heinrich Kern
- Prof. Ursula Männle
- Cornelia Pieper
- Helga Schulz
- Prof. Dr. Rita Süßmuth
- Wolfgang Templin.

Dagmar Schipanski ist eine über Parteigrenzen hinweg exzellente Vertreterin unseres Volkes. Sie ist eine zukunftsorientierte Alternative für das Amt der Bundespräsidentin. Ihre Kan-



didatur verkörpert hervorragend die Zusammenführung beider Teile Deutschlands.

Wir wollen als Initiative möglichst vielen Wahlfrauen und Wahlmän-

nern die Möglichkeit geben, die Kandidatin und ihre Vorstellungen kennenzulernen. Dazu werden wir im Mai in den neuen und alten Bundesländern vier Regionaltreffen veranstalten, bei denen die Möglichkeit der Begegnung besteht.



# Realitätsfern und problematisch

**Zu der Ankündigung von Bundeswirtschaftsminister Müller, das Prinzip der Arbeitslosenversicherung in Frage zu stellen, erklärte der Vorstand der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen, Klaus Holeschek und Axel Fischer:**

Wenn Wirtschaftsminister Müller – ebenso wie Ex-Finanzminister Lafontaine schon vor einem halben Jahr – fordert, das Arbeitslosengeld stärker am Bedürftigkeitsprinzip zu orientieren, zeigt das einmal mehr die Realitätsferne rot-grüner Politik:

## ● Rechtlich problematisch:

Es ist nicht ohne weiteres möglich, an die Stelle des Versicherungsgedankens das Kriterium der Bedürftigkeit zu setzen.

Denn derjenige, der dort einzahlt, erwirbt rechtlich verbindliche Ansprüche. Das kann man nicht ohne weiteres – wie Müller meint – mit „Übergangsfristen“ auslaufen lassen. Vielmehr muß gelten: Durch eigene Leistung erworbene Rechtsansprüche verdienen besonderen Schutz.

## ● Finanzpolitisch problematisch:

Müller hofft, durch seinen Vorschlag den Sozialstaat „bezahlbar zu halten“. Wird vom Versicherungs- auf das Bedürftigkeits-

prinzip umgesattelt, heißt das aber, daß Steuermittel zur Finanzierung herangezogen werden müssen. Müller läßt völlig offen, woher diese Steuermittel zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit kommen sollen. Etwa durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer?

## ● Haushaltspolitisch problematisch:

Der Einspareffekt, den Müller mutmaßt, wäre begrenzt. Denn die Arbeitslosenversicherung ist neben der Pflegeversicherung der kleinste Versicherungsweig.

## ● Sozialpolitisch problematisch:

Müllers Vorschlag liefe auf eine Zurücksetzung der Betroffenen hinaus: vom Berechtigten staatlich garantierter Versicherungsleistungen zum Empfängern öffentlicher Almosen. Und: Droht damit nicht auch eine Bedürftigkeitsschnüffelei? Muß dann jeder neue Arbeitslose gegenüber den Behörden seine Ersparnisse und Vermögenswerte offenbaren?

Mag das Ziel, den Sozialstaat vor Überforderungen zu schützen, richtig sein, der Weg ist der falsche. Wir treten dafür ein, im gesamten Bereich der Sozialpolitik stärker Eigenvorsorge, Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung zu verwirklichen.

## Auch Bernhard Jagoda gegen „Bedürftigkeitsprüfungen“ bei Arbeitslosengeld

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, hat sich gegen Überlegungen von Bundeswirtschaftsminister Werner Müller gewandt, „Bedürftigkeitsprüfungen“ für

die Auszahlung von Arbeitslosengeld einzuführen. Dazu müßte man das Gesetz ändern und das System insgesamt aufgeben, sagte Jagoda der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Zeitung“.



# Sozialpolitischer Aktionismus

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieber-Jastram, erklärte zum Gespräch mit betroffenen Verbänden über die Auswirkungen der Neuregelungen zur Scheinselbständigkeit:

Mein Gespräch, mit den besonders von der Neuregelung zur Scheinselbständigkeit betroffenen Verbänden:

- Deutscher Franchise-Verband,
- Verband Deutscher Versicherungskaufleute,
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft,
- Bundesverband der Freien Berufe,
- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger,
- Bundesverband Privater Rundfunk,
- Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb
- und die Aktionsgemeinschaft wirtschaftlicher Mittelstand

hat bestätigt, daß die Regierungskoalition eine Bremse für Existenzgründungen und die Entstehung neuer Arbeitsplätze ist.

## Überall Verunsicherung

Die Neuregelung zur Scheinselbständigkeit ist zum 1.1.1999 in Kraft getreten. Die Erfahrungen der ersten drei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes sind verheerend:

Verunsicherung auf allen Seiten, Kündigung von Freien Mitarbeiterverträgen, Gefährdung von Zigtausenden von Arbeitsplätzen.

Der Verwaltungsaufwand ist immens. Das Gesetz ist ein Beschäftigungsprogramm

für Bürokraten aller Art und Spezialisten des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts. Beweis:

Mehrseitige Fragebögen der Krankenkassen, 35-seitige Umsetzungsrichtlinien der Sozialversicherungsträger, daumendicke Auslegungshinweise zu lediglich zwei Paragraphen.

Die zwangsweise Einbeziehung von arbeitnehmerähnlichen Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung dient nur einem Ziel: Zusätzliche Einnahmen für die Rentenversicherung! Die Neuregelung ist gesetzliches Raubrittertum.

## Überfallartig eingefügt

Beweis: Für die Möglichkeit der Befreiung in der Rentenversicherung ist erst in den Ausschlußberatungen überfallartig der 9.12.1998 als Stichtag eingefügt worden. Zu diesem Zeitpunkt war das Gesetz überhaupt noch nicht im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Konsequenz: bei mangelnder Schutzwürdigkeit Überversorgung mit der Folge geringerer Liquidität bei Existenzgründern für Investitionen.

Hätte es die Regierungskoalition wirklich ernst gemeint mit der Befreiungsmöglichkeit in der Rentenversicherung, so hätte die Befreiungsmöglichkeit unbefristet ausgestaltet sein müssen.

Die Krisengespräche diesen Monats im Bundesarbeitsministerium und die anhaltende Kritik aus den Reihen von SPD und Grünen an den Regelungen zur Scheinselbständigkeit belegen den fatalen sozialpolitischen Aktionismus. Ich stimme Herrn Martin Bury, SPD, und Frau Margareta Wolf, Bündnis 90/Die Grünen, ausdrücklich zu: Das Gesetz muß dringend überarbeitet werden! ■



# Bürger und Wirtschaft haben Anspruch auf Klarheit

**Zu den in der Regierungskoalition anhaltenden Debatten über eine mögliche Mehrwertsteuererhöhung sowie den Umfang der angekündigten Unternehmensteuerreform erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:**

Angesichts der nicht abreißen den Debatten innerhalb der Regierungskoalition über eine mögliche Erhöhung der Mehrwertsteuer und dem Umfang der in Aussicht gestellten Unternehmensteuerreform ist es höchste Zeit, daß der Bundeskanzler von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch macht und Klarheit schafft, wo der steuerpolitische Kurs hinführt.

Die derzeitigen Debatten verunsichern Bürger und Unternehmen in Deutschland in einem hohen Maß. Dies ist angesichts der derzeitigen konjunkturellen Lage und der Lage auf dem Arbeitsmarkt Gift für unser Land.

Nach dem Rücktritt des Bundesfinanzministers hatte die Koalition die beste Mög-

lichkeit, ihren steuerpolitischen Schlingerkurs zu beenden und das am 4. März im Deutschen Bundestag verabschiedete sogenannte Steuerentlastungsgesetz, für das es bereits kurz nach der Verabschiedung seitens der Koalition eine Fülle von Nachbesserungsankündigungen gab, im Bundesrat zu stoppen. Damit wurde die Chance zur Rückkehr zu einer soliden Steuerpolitik fahrlässig vertan.

Die Koalition hatte in der Fragestunde im Bundestag die Möglichkeit Klarheit zu schaffen. Die eindeutige Absage an eine Mehrwertsteuererhöhung und ein deutliches Bekenntnis zur Haushaltskonsolidierung sind das Gebot der Stunde, wenn der Konjunktur in Deutschland nicht weiterer Schaden zugeführt werden soll.

Die Unternehmen brauchen Klarheit, was am Standort Deutschland auf sie zukommt. Deutschland braucht Steuersätze, die im internationalen Vergleich konkurrenzfähig sind und zu einer deutlichen Entlastung führen.

## „Nein“ zu Müllers Vorschlag

**Zu den Äußerungen von Bundesminister Müller, Arbeitslosengeld nur nach Bedürftigkeit zu zahlen, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:**

Die Überlegungen von Wirtschaftsminister Werner Müller, Arbeitslosengeld nur noch bei Bedürftigkeit zu zahlen, kommen einer Abschaffung der Arbeitslosenversicherung gleich. Arbeitslose müssen dann wieder Haus und Hof verkaufen, bevor sie selber Lei-

stungen als huldvolle Zuwendungen der Obrigkeit erwarten dürfen.

Sicherlich kann man über einzelne Aspekte der sozialen Sicherung bei Arbeitslosigkeit nachdenken. Arbeitslosigkeit ist aber eines der „großen“ sozialen Risiken des Lebens, welches solidarisch durch die Arbeitslosenversicherung abgesichert werden sollte. Hier muß es Verlässlichkeiten geben. Müller rüttelt mit seinen Äußerungen bewußt oder unbewußt an den Grundprinzipien unseres sozialen Sicherungssystems.



## Wohnungsbau-Entwicklung:

# Vom Normalisierungspfad zum Einbruch?

**Die CDU/CSU-Wohnungspolitiker fordern die Bundesregierung auf, noch in diesem Jahr eine vor dem Hintergrund neuerer Bevölkerungs- und Haushaltsprognosen überarbeitete Raumordnungs- und Wohnungsbauprognose vorzunehmen. Dazu erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Bau- und Wohnungswesen, Dietmar Kansy:**

Die Bundesregierung hat bislang noch jede quantifizierende Abschätzung des künftigen Wohnungsbedarfs und der daraus herzuleitenden Wohnungsbautätigkeit und förderpolitischen Intensität vermieden, was den fachlichen Dialog mit ihr nicht gerade gefördert hat. Das, was an Belastungen im steuerlichen Bereich auf die Immobilieneigentümer und -anleger zukommt, war denn auch primär am Finanzbedarf festgemacht worden und nicht an wohnungspolitischen und baukonjunkturellen Erfordernissen.

Formal „gilt“ also noch die vom damaligen Bauminister Töpfer Anfang 1996 vorgelegte Wohnungsnachfrage-Prognose mit Fertigstellungen von jährlich rund 350.000 Neubauwohnungen in den alten Ländern und 65.000 Wohnungen in den neuen Ländern, und zwar für einen Zeitkorridor bis zum Jahr 2000.

Auf Nachfrage hin hat uns das Bau-Nachfolgeministerium zwar bestätigt, daß in den zurückliegenden Jahren 1991 bis 1997 die prognostizierten Fertigstellungen um über 10% überschritten wurden, im früheren Bundesgebiet waren bis dahin bereits 75% der bis zum Ende des Jahrzehnts erwarteten Wohnungen gebaut, in den neuen Ländern sogar 112%.

Die nun vorliegenden Baugenehmigungszahlen für das letzte Jahr signalisieren aber, daß der Prognosekorridor in den alten Ländern längst verlassen wurde – mit rund 320.000 neu errichteten Wohnungen, noch deutlicher beim Mehrgeschoßbau mit 133.000 Wohnungen gegenüber den Prognoseerwartungen von 191.000 jährlich.

Im längerfristigen Vergleich bedeutet dies, daß sich der Bau-Willen in Westdeutschland auf das Ausgangsniveau des Wohnungsbau-Booms im Jahre 1989 hin zubelegt. Was dies gemessen am Baubedarf der Zukunft bedeuten könnte, wird man im Zusammenhang mit einer Fortschreibung der Bevölkerungs- und Haushaltsprognose besser beurteilen können, die die Bundesregierung bei dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Auftrag gegeben hat. Die Bundesregierung sollte deshalb noch in diesem Jahr eine Überarbeitung der Raumordnungsprognose von 1996 vorlegen.

Gleichwohl mehren sich die Stimmen aus der Immobilienwirtschaft, sogar aus der SPD-Fraktion selbst und dem ihr verbundenen Mieterbund, die in Anknüpfung an das sogenannte Steuerentlastungsgesetz von der Angebotsseite her den Einbruch in der Wohnungsbautätigkeit voraussagen. Aus diesem Gesetz wird bekanntlich der Immobilienbereich allein durch die Erschwerung bei branchenspezifischen Steuerregelungen schon in diesem Jahr in Höhe von 1,5 Mrd. DM und 3,6 Mrd. DM im nächsten Jahr belastet; hinzu kommt ein noch nicht absehbarer Schaden durch rückwirkende Eingriffe in den Bestands- und Vertrauensschutz.



# Durchsetzung von Forderungen der Bauhandwerker erleichtern

Zum „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Durchsetzung von Forderungen der Bauhandwerker (Bauvertragsgesetz)“ erklärten der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand (PKM), Hansjürgen Doss, und die zuständige Berichterstatterin der CDU/CSU-Fraktion im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages und stellvertretende PKM-Vorsitzende, Andrea Voßhoff:

Die Bauwirtschaft befindet sich insbesondere in den neuen Bundesländern in einer schwierigen finanziellen Situation, da Handwerkern und mittelständischen Bauunternehmen in den letzten Jahren mehrere Milliarden DM durch uneinbringliche Forderungen verloren gingen. Immer mehr Betriebe sind dadurch in ihrer Existenz gefährdet. Auch ist durch den starken Konkurrenzdruck die Position des Bauunternehmers gegenüber der des Auftraggebers immer schwächer geworden.

Mit diesem Gesetzentwurf verfolgen wir das Ziel, die Ursachen für diese bedenkliche wirtschaftliche Fehlentwicklung zu beseitigen und insbesondere mittelständischen Bauunternehmen und Handwerksbetrieben die Durchsetzung ihrer offenen Forderungen zu erleichtern.

## Lösungsansätze unseres Gesetzentwurfs sind insbesondere:

- Die Verzugszinsen werden deutlich angehoben.
- Es wird ein pauschalierter Schadensersatz für den Handwerker eingeführt, wenn der Auftraggeber die verlangte Sicherheit nicht leistet oder unbegründet vom Vertrag zurücktritt.
- Die Abnahme darf nur noch bei wesentlichen Mängeln verweigert werden.

- Die Zahlung darf bei einer mangelhaften Rechnung nicht mehr in vollem Umfang, sondern nur noch hinsichtlich der mangelhaften Teile der Rechnung verweigert werden.

- Das Gesetz zur Sicherung von Bauforderungen aus dem Jahre 1909 wird modernisiert und praktikabel gestaltet.

- Durch eine richterliche Vorabentscheidung kann ein Teil der Klagesumme vorab zugesprochen und so der Prozeß verkürzt werden.

Das bisherige rechtliche Instrumentarium reicht nicht aus, um auf den Bauherren den nötigen Druck auszuüben, damit be-

**Mehrere Milliarden DM sind Handwerkern und mittelständischen Bauunternehmen durch uneinbringbare Forderungen verloren gegangen.**

rechtigte Bauhandwerkerforderungen ohne taktische Verzögerungen gezahlt werden. Dieser Zustand würde durch unseren Gesetzentwurf signifikant verbessert werden. Zudem schaffen wir mit unserer Initiative ein wirksames Instrumentarium gegen die schlechte Zahlungsmoral und verbessern damit die Rahmenbedingungen für Handwerker und mittelständische Betriebe in der Baubranche.

Bleibt zu hoffen, daß die SPD-geführte Regierung wenigstens diesmal parteitaktische Winkelzüge unterläßt und unsere Initiative im Interesse der gesamten Bauwirtschaft unterstützt.



## Spitzengespräch CDU/CSU und DAG

**Zu einem ausführlichen Meinungsaustausch zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen sind am 24. März in Bonn die Spitzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) unter Leitung der Vorsitzenden Wolfgang Schäuble und Roland Isen zusammengetroffen.**

Beide Seiten appellierten an die Teilnehmer des „Bündnisses für Arbeit“, sich konstruktiv an den Gesprächen zu beteiligen. „Wir müssen alle Signale so stellen, daß sie in Richtung von mehr Beschäftigung führen“, so Wolfgang Schäuble.

CDU/CSU-Fraktion und DAG waren sich über die Notwendigkeit eines schlüssigen Gesamtkonzepts zur Steuerreform einig. Die DAG warnte in diesem Zusammenhang vor einer

„konjunkturpolitisch abträglichen“ Mehrwertsteuerdebatte.

Die Union bekräftigte ihre Auffassung, daß eine echte Steuerreform mit einer spürbaren Nettoentlastung verbunden sein müsse.

### Den Dialog fortsetzen

Zum Thema „Reform der sozialen Sicherungssysteme“ sprachen sich CDU/CSU und DAG für einen parteiübergreifenden Konsens bei der Rentenreform aus. Dabei sei im Blick zu behalten, daß die Lebensplanung der Menschen über eine Legislaturperiode herausreiche. Die Alterssicherung müsse auch weiterhin leistungs- und beitragsbezogen bleiben.

Es wurde vereinbart, den Dialog fortzusetzen und zu Einzelthemen in Arbeitsgruppen zusammenzukommen.

## Anteil befristeter Arbeitsverträge im Osten höher als im Westen

**Rund 2,5 Millionen oder 8,5 Prozent der abhängig Beschäftigten in Deutschland hatten 1998 einen befristeten Arbeitsvertrag.**

Wie das Statistische Bundesamt meldete, spielen solche Beschäftigungsverhältnisse in den neuen Ländern und Berlin-Ost eine größere Rolle als im früheren Bundesgebiet. Während im Osten Deutschlands der Anteil bei knapp zwölf Prozent lag, waren es im Westen sieben Prozent.

Generell haben die befristeten Arbeitsverträge in den 90er Jahren zuge-

nommen. 1991 lag der Anteil in Gesamtdeutschland noch bei 7,5, im Westen bei sechs und im Osten bei elf Prozent.

Am häufigsten haben Berufsanfänger befristete Arbeitsverträge. In der Gruppe der unter 30jährigen hatte 1998 fast jeder fünfte Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) einen solchen Vertrag (19 Prozent). Von den 30- bis 40jährigen Arbeitnehmern arbeiteten sieben Prozent auf der Grundlage eines befristeten Arbeitsvertrages, von den 40- bis 60jährigen vier Prozent.



# Der Ausbau des Meister-BAföG hat hohe Priorität

**Anlässlich der 1. Lesung des CDU/CSU-Antrages „Ausbau der Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung“ erklärte der zuständige Berichterstatter im Bildungs- und Forschungsausschuß, Werner Lensing:**

Bekanntlich bilden unsere mittelständischen Betriebe den Motor der deutschen Konjunktur. CDU und CSU unterstützen deshalb mit Nachdruck die Bürgerinnen und Bürger, die mit Mut und Selbstvertrauen den Weg in die Existenzgründung oder die Betriebsübernahme wagen. Wenn allerdings der Generationenwechsel im Mittelstand auch weiterhin von der rot-grünen Bundesregierung so sträflich vernachlässigt wird, stehen in Deutschland neben den bereits vorhandenen 4. Mio. Arbeitslosen zusätzlich unzählige Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Schließlich ist jeder fünfte deutsche Unternehmer älter als 55 Jahre. Rund 700.000 werden sich in den nächsten 10 Jahren zur Ruhe setzen, davon möglicherweise noch 300.000 in diesem Jahr. Nur in jedem dritten Fall dürfte sich ein geeigneter Nachfolger noch im Familienkreis finden lassen.

Allein im Handwerk stehen in den nächsten fünf Jahren rd. 200.000 Betriebe zur Übergabe bereit, von denen mangels geeigneter Nachfolger rund 50.000 Betriebe und damit zugleich eine halbe Million Arbeitsplätze akut gefährdet sind.

In Deutschland gibt es zudem einen signifikanten und besorgniserregenden Mangel an Unternehmern. Ein solches Defizit wirkt sich natürlich besonders verheerend auf den Arbeitsmarkt aus. Sorgt doch jeder neue Existenzgründer im Schnitt für drei

neue Arbeitsplätze. Eine Förderung der Gründertätigkeit muß folglich unser besonderes Anliegen sein. Hier hatte die CDU-geführte Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ein überaus effizientes Mittel geschaffen, um Menschen den Weg zur Betriebsgründung zu erleichtern.

Seit Inkrafttreten des AFBG wurden über 130.000 Förderanträge gestellt und mehr als 780 Mio. DM Fördermittel an Aufstiegswillige ausgezahlt. Mit den heute vorgelegten Änderungsvorschlägen zur Aufwertung des AFBG werden die Zukunftsperspektiven vieler Menschen nachdrücklich verbessert und wird die Gründungswelle deutlich beschleunigt. Wir fordern eine Anhebung des Zuschußanteils der Förderung auf 50%, eine zeitliche Ausdehnung der Förderung, einen Ausbau der Leistungen für Familien sowie durch Erleichterung der Rückzahlungsbedingungen zusätzliche Anreize für eine Existenzgründung.

Die Vorschläge sind einfach realisierbar, zudem im Rahmen des von uns vorgeschlagenen Haushaltsansatzes gut finanzierbar und geeignet, den bürokratischen Aufwand erheblich zu reduzieren.

Die Meisterausbildung darf bei unseren Fachkräften nicht ein Geheimtip bleiben. Die Rahmenbedingungen sind so zu optimieren, daß eine echte Gründungswelle in Gang kommt. Wenn der Bundesregierung der Mittelstand wirklich am Herzen liegt, dann muß sie unseren Antrag zum Ausbau der Förderung beruflicher Aufstiegsfortbildung mittragen und ihn schließlich zum Wohle vieler junger und tatkräftiger Menschen Gesetz werden lassen.



# BAföG-Strukturreform schnell vorlegen

Zur Schlußberatung des Entwurfs des 20. BAföG-Änderungsgesetzes erklärte die zuständige Berichterstatterin im Bildungs- und Forschungsausschuß, Angelika Volquartz:

Mit der vom Bundestag verabschiedeten 20. BAföG-Novelle wird eine Erhöhung der Bedarfssätze um 2% und der Freibeträge um 6% vorgenommen. Obwohl die Neuregelung kaum zur Verbesserung der Lebenssituation der Studierenden beiträgt, da die konkrete Steigerung der jeweiligen Bedarfssätze lediglich zwischen 5 und 15 DM liegt, hat die Union der Anhebung wie den vorangegangenen 19 Erhöhungen zugestimmt, damit die Studierenden wenigstens diese minimalen Vergünstigungen erhalten können. Denn für CDU und CSU gilt wie bisher der Grundsatz, daß der Zugang zu Ausbildung und Studium nicht von der sozialen Herkunft abhängen darf. Für rot-grüne Jubelfeiern besteht allerdings nicht der geringste Anlaß, da die

Koalition mit diesen routinemäßigen Anhebungen weit hinter ihren eigenen Wahlversprechen zurückgeblieben ist, nach denen BAföG ein Schwerpunkt sein soll.

Davon ist nichts zu erkennen. Auch lassen sich so rot-grüne Ankündigungen, die Aufwendungen im Bildungsbereich innerhalb von 5 Jahren zu verdoppeln, nicht erreichen. Im Gegenteil: Im Haushaltsausschuß wurde durch die rot-grüne Mehrheit der Etat für Bildung und Forschung um 75 Mio. DM gekürzt. Weitere 80 Mio. DM Technologiefördermittel mußte der Wirtschaftsminister opfern.

Außerdem ist klar, daß den Studierenden die geringen Verbesserungen durch erhöhte Kosten beim ÖPNV, beim Benzin und durch eine Mehrwertsteuererhöhung, wie sie jetzt innerhalb der Koalition diskutiert wird, ersatzlos gestrichen werden. Die BAföG-Novelle wird so zu einer „Mehrwertsteuerreparaturnovelle“.

## Jugendkultur im goldenen Prag

Der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. lädt alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 und 26 Jahren zu einem Jugendkulturseminar in das „goldene Prag“, in die auch als Krone der Welt bekannte Hauptstadt der Tschechischen Republik ein.

Neben der Besichtigung einiger der einzigartigen denkmalgeschützten Sehenswürdigkeiten, wie die Prager Burg mit dem Burgviertel, St. Veits-Dom, Altstädter Rathaus mit der

astronomischen Uhr, Altneusynagoge, etc. stehen weitere kulturell und historisch interessante Angebote auf dem abwechslungsreichen Programm.

Teilnahmebeitrag 115,- DM, Fahrtkosten werden bis max. 100,- DM erstattet.

**Auskünfte und Anmeldung:**  
Frischluft e.V., Annaberger  
Strasse 283, 53175 Bonn,  
Tel.: 02 28/31 00 23;  
Per Fax: 02 28/31 47 03,  
Email: flbgs@aol.com



## Integrierte Produktpolitik:

# Vorlage eines klaren und eindeutigen Konzeptes verlangt

**Zum Bericht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zum Thema „Integrated Product Policy“ (IPP) im Umweltausschuß des Deutschen Bundestages erklärten der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold, und der Obmann im Umweltausschuß des Deutschen Bundestages, Peter Paziorek:**

Die CDU/CSU-Fraktion verlangt von der Bundesregierung die Vorlage eines klaren und eindeutigen Konzeptes zur integrierten Produktpolitik. Wenn die Regierung eine Schwerpunktverlagerung der bisherigen Politik vornehmen will, kann dies nur geschehen, wenn sichergestellt ist, daß zunächst einmal hinreichend die Notwendigkeit neuer Regelungen begründet wird. Dies setzt eine europäische Bestandsaufnahme voraus, und dies setzt nach Auffassung der Unionspolitiker auch voraus, daß in der Europäischen Union zunächst einmal der Stand erreicht wird, der der vorbildlichen Umweltpolitik der Bundesrepublik Deutschland entspricht.

Eine besonders sorgfältige Prüfung ist auch deshalb notwendig, weil hinter Begriffen wie Produktanalyse und Lebenszyklusanalyse ein unendlicher Aufwand mit einer ganz erheblichen Vollzugsbürokratie steht. Darüber hinaus würden solche Regelungen, die national oder EU-weit getroffen werden, erhebliche Schwierigkeiten für den Welthandel bedeuten. Eine Abklärung solcher Fragen mit der Welthandelsorganisation ist zwingende Voraussetzung.

Nach den der Union bislang vorliegenden Informationen ist dies bisher nicht ge-

ben. Wenn, wie zu erfahren ist, angedacht wird, daß integrierte Produktpolitik alle Produkte und Dienstleistungen und ihre umweltbezogenen Auswirkungen berücksichtigen soll, dann wird deutlich, daß ein solcher Ansatz verfehlt sein muß, da Millionen und Abermillionen von Produkten deutsch, europäisch und weltweit betroffen wären. Wie dies geregelt werden sollte, ist eine absolut offene Frage. Notwendig ist nach Auffassung der Unionspolitiker auch, daß eine deutliche Klärung herbeigeführt wird, ob es zu einer harmoni-

### Zunächst die Notwendigkeit neuer Regelungen begründen

sierten EU-Regelung unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips kommen soll. Nach derzeit vorliegenden Informationen ist eine solche Abgrenzung bislang nicht mit der notwendigen Klarheit erfolgt. Dies könnte unter Umständen bedeuten, daß Deutschland automatisch in eine Vorreiterrolle hineinwächst; mit ganz erheblich nachteiligen Folgen.

Wir erwarten, daß das Konzept der Bundesregierung noch ausführlich vor der Tagung des EU-Umweltrates vom 7. bis 9. Mai diskutiert wird. Die Andiskussion im Umweltausschuß reicht dazu nicht aus. Die Unionsfraktion selbst wird dazu eine Anhörung durchführen, die sich insbesondere mit folgenden Fragestellungen befassen wird:

- Was ist die Aufgabenstellung einer integrierten Produktpolitik (IPP)? Welche sy-



## Bauindustrie lehnt Rückkehr zum alten Schlechtwettergeld-Modell ab

**Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie hat erneut die Rückkehr zum alten Schlechtwettergeld-Modell abgelehnt. Der sozialpolitische Sprecher des Hauptverbandes, Thomas Bauer, warnte in Berlin die Bundesregierung zugleich davor, sich zum „Handlanger einer solchen Politik gegen die Arbeitsplätze“ zu machen.**

Bauer warf der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) vor, das Argument der Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit lediglich vorzuschieben. Vielmehr würde mit der Wiedereinführung des

alten Schlechtwettergeld-Modells ein arbeitsmarktpolitisches Eigentor geschossen.

Mit dem derzeit praktizierten Arbeitszeitkonten-Modell sei ein fairer Interessenausgleich zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern erfolgt und die Möglichkeit gegeben, flexibler auf Beschäftigungs- und Produktionsspitzen zu reagieren. Im Gegenzug hätten die Arbeitnehmer eine tragfähige Absicherung witterungsbedingter Ausfallzeiten im Winter erhalten. 80 Prozent der Bau-Betriebe wendeten dieses Modell bereits an

onymen Definitionen werden auch im Hinblick auf den internationalen Sprachgebrauch verwendet?

● Wie unterscheidet sich die IPP von den vorhandenen Konzepten der Umweltpolitik? Welche Defizite der bestehenden gemeinschaftlichen und nationalen Umweltpolitik sollen mit Hilfe einer IPP aufgegriffen werden?

● Welche Erfahrungen liegen mit Konzepten vor, die einer IPP ähnlich sind (national, europäisch)? Welcher Zusatznutzen ist dabei aufgetreten, wie wird die Wirkung von den Beteiligten beurteilt?

● Wie soll eine IPP im Hinblick auf die Produktverantwortung ausgestaltet werden? Wie steht man zu den Begriffen „shared responsibility“ und „extended producer responsibility“? Wie beurteilt man die gegenwärtig in der OECD dazu laufende Diskussion?

● Welche Vorstellungen bestehen über den Stellenwert von Ökobilanzen/Life Cycle Assessment und Risikobewertungen?

● Wie wird sichergestellt, daß über eine IPP keine Wettbewerbsverzerrungen oder Beschränkungen des freien Warenverkehrs innerhalb der EU eintreten?

● Wie wäre eine IPP in das wirtschaftspolitische Instrumentarium einzuordnen; sollte IPP zur betrieblichen oder überbetrieblichen Planung, Überwachung und Steuerung eingesetzt werden?

● Wo sind die Schnittstellen zu anderen Politikbereichen wie z.B. der Forschung; welche Bedeutung hat eine IPP bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen?

● Von welchen Auswirkungen einer IPP auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen geht man aus; wie sollte die Konformität mit den WTO-Regeln in den Handelsbeziehungen zu den Nicht-EU-Staaten sichergestellt werden?

● Welche konkreten Defizite der bestehenden gemeinschaftlichen und nationalen Umweltpolitik sollten mit einer IPP beseitigt werden? Wo fehlen neue Instrumente? Wo sind die Bestehenden nicht ausreichend wirksam?



# Wachsamkeit gegenüber Linksextremisten ist weiterhin angebracht

**Zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 1998 durch den Bundesinnenminister erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Erwin Marschewski:**

Der Verfassungsschutzbericht 1998 belegt, daß die innere Sicherheit in Deutschland nach wie vor nicht nur durch Spionage, sondern vielmehr durch politisch motivierte Gewalt aus allen Spektren des Extremismus – von links, rechts und Ausländern – bedroht ist.

Die neue Schwerpunktsetzung im Aufbau des Verfassungsschutzberichts - dem Rechtsextremismus wird in der Darstellung Vorrang vor linksextremistischen Bestrebungen gegeben - darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß im vergangenen Jahr auch der Linksextremismus Anlaß zur Besorgnis gegeben hat.

Das linksextremistische Personenpotential stieg auf 35.000 Personen an. Die Zahl linksextremistischer Straftaten ist gegenüber dem Vorjahr um ca. 4 % auf 3.201 gewachsen.

Zudem ist der durch die PDS geprägte Linksextremismus „hoffähig“ geworden. Die PDS ist ein Sammelbecken von Altkommunisten und Neokommunisten. Sie

hat sich die Überwindung unserer freiheitlichen Ordnung zum Ziel gesetzt. Dennoch ist sie in Sachsen-Anhalt indirekt und jetzt in Mecklenburg-Vorpommern sogar unmittelbar an der Regierungspolitik beteiligt.

Deshalb ist zu betonen: Alle Bürger sind aufgerufen, sich aktiv extremistischen Kräften entgegenzustellen.

Im Bereich des Rechtsextremismus ist erfreulich, daß sich der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt bei späteren Wahlen nicht wiederholt hat. Der Rückgang rechts-extremistischer Straftaten um 5,7 % und der Gewalttaten um 10,5 % deutet jedoch keineswegs auf eine Entspannung hin. Denn das rechtsextremistische Personenpotential hat im vergangenen Jahr um rund 11 % auf 53.600 deutlich zugenommen.

Deshalb muß die Aufklärungsarbeit hier nochmals verstärkt werden, müssen aber auch die Sorgen der Bevölkerung infolge der mit Zuwanderung verbundenen Probleme ernst genommen werden. Keinesfalls darf hier Rechtsextremisten der Platz für ihre dumpfen Parolen überlassen werden.

Im Konsens aller demokratischen Kräfte ist darauf hinzuwirken, daß alle Mitglieder der Gesellschaft zur Wahrung von Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz beitragen. ■

## PKK-Funktionäre sofort abschieben

**Erwin Marschewski:** Das Bundesverwaltungsgericht hat unsere Auffassung betätigt, daß PKK-Funktionäre weder Asyl noch Abschiebeschutz genießen. Sie sind sofort in die Türkei abzuschieben. Was die Teilnehmer an illegalen Versammlungen anbetrifft, so urteilt das Gericht nach derzeitiger Rechtslage: Eine Ausweisung käme

nur dann in Betracht, wenn die innere Sicherheit gefährdet würde.

Nötig ist daher hier eine Änderung des Ausländergesetzes, wie von der CDU/CSU-Fraktion gefordert. Wer bei verbotener Versammlung eindeutig beweisbar Landfriedensbruch begangen hat, ist auch ohne Strafurteil auszuweisen.



## **Bericht der Bundesregierung bestätigt Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland**

**Zum ersten Bericht der Bundesregierung über die nukleare Sicherheit in Deutschland für die erste Internationale Überprüfungstagung im April, der am 24. März im Umweltausschuß des Bundestages beraten wurde, stellt der Berichtserstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Kurt-Dieter Grill fest:**

Der erste Bericht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die erste Überprüfungstagung im April, mit dem umfassend über den hohen Stand der nuklearen Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland berichtet wird, belegt eindrucksvoll den Stellenwert, den die Sicherheit bis zum Regierungswechsel gehabt hat. Im Zusammenhang mit den Strahlenschutzberichten der Bundesregierung macht der Bericht der Bundesregierung deutlich, daß der jeweilige Stand

von Wissenschaft und Technik bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland eingehalten wird.

Die jetzige Bundesregierung hat diesen Bericht nicht zurückgezogen. Deshalb ist die Bundesregierung nachdrücklich aufgefordert, darzulegen, wie die von der jetzigen Bundesregierung behaupteten neuen Erkenntnisse über die Risiken der Kernenergie nachprüfbar zu belegen sind. Die Bundesregierung hat bisher keinerlei Belege für die unverantwortbaren Risiken der Kernenergie vorgelegt. Ein Antrag der CDU/CSU, die Bundesregierung möge einen entsprechenden Bericht vorlegen, wurde von der rot-grünen Koalition abgelehnt. Bemerkenswert ist im übrigen, daß der Bundesrat mit der Mehrheit der SPD noch 1998 den Sicherheitsbericht zur Kenntnis genommen hat.

## **SPD bricht in Berlin ein**

**Nur noch 32 Prozent der Berliner sind mit der Arbeit des Senats sehr (drei Prozent) oder ziemlich (19 Prozent) zufrieden. Im Januar waren es noch 42 Prozent. Das ergab die März-Umfrage im Rahmen des BerlinTrends von Infratest dimap.**

Die getrennte Bewertung der beiden Regierungsparteien CDU und SPD zeigt, daß der wachsende Unmut in erster Linie auf die Sozialdemokraten gerichtet ist: Der Zuspruch zur Regierungsarbeit der SPD ist von 41 Prozent im Januar auf nun 27 Prozent

eingebrochen – ein Minus von 14 Punkten. Offenbar hat sich die Krise der Bundes-SPD nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines sowie das negative Bild der rot-grünen Bundesregierung in den Medien auch ungünstig auf die Wahrnehmung der Berliner SPD ausgewirkt.

Die CDU bleibt von diesem Negativtrend unberührt: Ähnlich wie vor zwei Monaten bescheinigen 37 Prozent der Berliner den Christdemokraten, gute Arbeit zu leisten. Anders als noch im Januar werden sie nun als die kompetentere der beiden Regierungsparteien angesehen.



# EXPO 2000 als Chance für die deutsche Tourismuswirtschaft nutzen

**Zur Einbringung einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Vermarktung deutscher touristischer Angebote im Rahmen der Weltausstellung EXPO 2000 erklärte der Vorsitzende der Fraktions-Arbeitsgruppe Tourismus, Klaus Brähmig:**

Für Deutschland besteht mit der Weltausstellung 2000 in Hannover nicht nur die einmalige Chance, sich der ganzen Welt als moderner, leistungsfähiger und zukunftsorientierter Technologiestandort darzustellen, sondern sich auch Millionen in- und ausländischen Besuchern als gastfreundliches, attraktives Reise- und Urlaubsland zu präsentieren. Gleichzeitig kann Deutschland den aktuellen Stand der Wiedervereinigung 10 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer weltweit dokumentieren. Die Tourismuspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion befürchten, daß den EXPO-Gästen aber nicht genügend kundenfreundliche und unkomplizierte Buchungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und der Tourismusstandort Deutschland insgesamt darunter leiden könnte. Daher hat die CDU/CSU-Fraktion jetzt eine Kleine Anfrage eingebracht, in der die Bundesregierung gefragt wird, ob es eine ausreichende Abstimmung aller Leistungsträger bei der Vermarktung deutscher touristischer Angebote anlässlich der EXPO 2000 gibt.

Wenn die angestrebte Zahl von 20 Millionen EXPO-Besuchern erreicht werden soll, müssen für die Kunden mit dem Kauf der Eintrittskarte gleichzeitig auch andere touristische Einzelleistungen wie Übernachtung sowie An- und Abreise z.B. per Bahn unkompliziert als Paket buchbar sein. Aufgrund einer Initiative der CDU/CSU-Tourismuspolitiker ist 1995

die vor allem mit Mitteln des Bundes und der Länder finanzierte Deutschland Informations- und Reservierungsgesellschaft (DIRG) u.a. mit dem Ziel gegründet worden, eine flächendeckende Buchbarkeit deutscher touristischer Angebote zur EXPO 2000 zu erreichen.

Bei der Bündelung dieser Einzelleistungen sowie bei der effizienten Vermarktung im In- und Ausland scheint es jedoch gravierende Defizite zu geben. Es ist auch frag-

## Auch den Stand der Wiedervereinigung 10 Jahre nach dem Mauerfall dokumentieren

lich, ob die verschiedenen über die DIRG verknüpften Buchungssysteme im deutschen Fremdenverkehr mit dem von der EXPO 2000 Hannover GmbH bzw. ihrem Reservierungsvertragspartner Hannover Congress und Tourismus Center (HCC) eingesetzten Reservierungssystem verknüpft sind und den EXPO-Besuchern tatsächlich ein flächendeckendes touristisches Angebot auch für Anschlußreisen zur Verfügung steht.

Die CDU/CSU-Fraktion will die EXPO 2000 tourismuspolitisch unterstützen und dazu beitragen, diese Chance für den Tourismusstandort Deutschland nachhaltig zu nutzen. Die Besucher sollen nicht nur ihren EXPO-Aufenthalt bzw. Anschlußreisen in andere deutsche Städte und Ferienregionen unkompliziert planen können, sondern vor allem auch durch die Nutzung unkomplizierter Buchungsmöglichkeiten motiviert werden, sich in Zukunft verstärkt für Urlaub und Reisen in Deutschland zu entscheiden.



# Eklat bei Debatte um Naumann-Etat

**Aus Anlaß der Debatte um die Finanzausstattung der Deutschen Welle im Haushaltsausschuß erklärten der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann, sowie die zuständigen Berichtstatter im Haushaltsausschuß, Steffen Kampeter und Günter Rexrodt (FDP):**

Abgeordnete von CDU/CSU und FDP haben am 25. März die Sitzung des Haushaltsausschusses zeitweise unter Protest verlassen, nachdem zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode seitens der SPD die Antwort auf kritische Fragen der Opposition an Regierungsvertreter, diesmal an Staatsminister Naumann, unterbunden wurde. SPD und Grüne hatten den Schluß der Debatte durchgesetzt, nachdem eine Fülle prinzipieller Fragen gestellt worden war.

## Strafaktion gerügt

Zuvor hatten CDU/CSU- und FDP-Abgeordnete die Strafaktion Naumanns gegen die Deutsche Welle gerügt, die in einer Kürzung des gesetzlich garantierten Sendee-tats um 40 Mio DM zum Ausdruck kam. Nach Angriffen Naumanns auf den Sender und dessen Intendanten war es zu einem Disput gekommen, als der Intendant der Deutschen Welle entsprechend heftig erwiderte, während er darlegte, daß es bisher inhaltliche Kritik an dem

Sender, der einen gesetzlichen Auftrag wahrnehme, seitens der Bundesregierung nicht gegeben habe.

Die Kritik der Opposition war im Vorfeld durch Protestschreiben der DAG und der IG Medien unterstützt worden, die darauf hinwiesen, daß die Mittelkürzung zur Kündigung von 145 Arbeitnehmern und bis zu 600 freien Mitarbeitern führen werde. Es drängt sich der Verdacht auf, daß Naumann einen anderen Auslandsrundfunk will.

## Diskussion abgewürgt

Selbst der Umzug von Köln nach Bonn wurde von ihm in Frage gestellt. Das Abwürgen demokratischer Diskussionen erinnert an die Beratung des Steuerpakets, als die Gesetzesvorlagen nach der Beschlußfassung vorgelegt wurden.

Die beiden Oppositionsparteien kritisieren einen nicht hinnehmbaren Verfall der politischen Sitten bis hin zur Ausbehlung parlamentarischer Rechte.

Im Ergebnis hat die rot-grüne Mehrheit eine Kürzung um 30 Mio DM im Vergleich zu Waigels Etatentwurf vorgenommen. Darüber hinaus wurden auch die Haushaltsmittel für „Kultur in den neuen Ländern“ um 30 Mio DM gekürzt, obwohl das neue Programm im Wahlkampf mit dem Volumen von 120 Mio DM ein wichtiges rot-grünes Wahlkampf-Versprechen war.

## Immer mehr Erwachsene lassen sich taufen

Nach Angaben des Bistums Münster stieg die Zahl der Erwachsenen-Taufen bundesweit von 1070 bis 1994 um das Siebenfache auf 10.000. Zugleich sank die Zahl der Kindertaufen um 100.000 auf rund 260.000. Allein im Bistum Münster traten in der Osternacht 31 Frauen und Männer in die katholische Kirche ein. Ein Grund für diesen Trend ist die Öffnung in Osteuropa und die deutsche Wiedervereinigung, sage der Münsteraner Domvikar Franz-Peter Tebartz-von Elst. „Dadurch sind viele Aus- und Übersiedler zu uns gekommen, die erst als Erwachsene zum Glauben finden.“



# Europa mitgestalten

## 3. Kongreß der Europäischen Senioren-Union in Köln

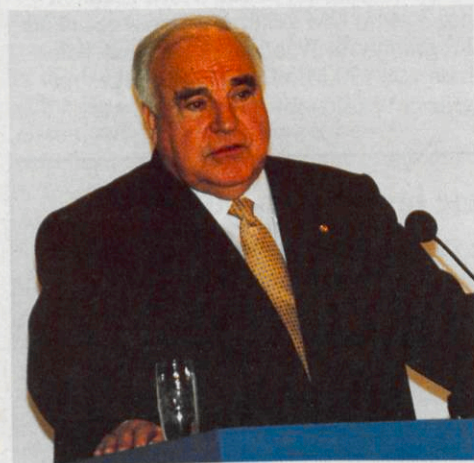
Nach Madrid im Jahr 1995 und Wien 1996 trafen sich die Delegierten der Europäischen Senioren-Union zu ihrem 3. Kongreß in Köln. Neben der turnusmäßigen Neuwahl standen die Krise der EU-Kommission und die Osterweiterung der Europäischen Union im Mittelpunkt des Kongresses.

Mit überwältigender Mehrheit wurde der bisherige Präsident, Stefan Knafl, Österreich, bestätigt. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt:

- Elisabeth Dispaux-Cornil, Belgien
- Dr. Bernhard Worms, Deutschland
- Manuel Nunez Perez, Spanien
- Dr. Maria L. Cassanmagnago, Italien
- Matti Kinnunen, Finnland
- Prof. Nic Estgen, Luxemburg
- Dipl.-Ing. Jan Bencek, Slowakei.

In einem Entschließungsantrag appellierten die Delegierten des 3. Kongresses der ESU nachdrücklich und dringend an die

Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, die aktuelle Krise der Europäischen Kommission schnell zu meistern. Den ehemaligen Regierungschef Romano Prodi als neuen EU-Kommissionspräsidenten zu wählen, wurde nachdrücklich begrüßt. Neben diesem Personalvorschlag ist es aber notwendig, klare Verantwortlichkeit zwischen dem Kommissionspräsidenten und den Kommissaren sowie zwischen den jeweiligen Generaldirektionen rechtlich festzulegen. Auch muß das Verhältnis von Kommission und EU-Parlament dauerhaft geregelt werden. Die Delegierten des 3. EU-Kongresses erkannten aber an, daß die Kommission unter der Führung des luxemburgischen Präsidenten Santer wertvolle Arbeit zur Verwirklichung der Europäischen Union geleistet hat. Dies gilt insbesondere für die Einführung des EURO, die Vorbereitungsarbeiten zur Osterweiterung und für das







Fotos: Birgitta Mannus

Bemühen zur besseren Transparenz der Grundlagen und besseren Verwendung der Finanzmittel der EU.

Im Rahmen des 3. ESU Kongreß hielten die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hannelore Rönsch, der CDU-Landesvorsitzende NRW Jürgen Rüttgers und Prof. Dr. Otto Wulff, Landesvorsitzender der Senioren-Union NRW, Grußworte an die internationalen und deutschen Gäste.

Den Schlußpunkt der Veranstaltung bildete eine öffentliche Kundgebung mit annähernd tausend Teilnehmern in der Kölner Flora, Botanischer Garten. Der Ehrenbürger Europas, Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, hielt ein europapolitisches Grundsatzerferat und zeichnete die Entwicklung Europas der letzten fünfzig Jahre nach.

Helmut Kohl zitierte François Mitterrand, daß ein Rückfall in den Nationalismus Krieg bedeute. Kohl sprach sich für ein Europa aus, das Unterschiede nicht nivelliere, sondern gerade die Interessen der kleinen EU-Mitgliedstaaten berücksichtige. Der Altkanzler sprach sich für ein Eu-

ropa der Subsidiarität aus, starke Kommunen garantierten die Vielfalt Europas. Der Beitrag der älteren Generation für die Einheit Europas sei von großer Wichtigkeit. Gerade die Älteren können nicht nur ihre reichen beruflichen Erfahrungen einbringen, sondern vor allem auch ihre Lebenserfahrungen.

### Ostdeutsche greifen wieder öfter zum Buch

Die Ostdeutschen greifen wieder öfter zum Buch. 40 Prozent von ihnen nehmen täglich oder mehrmals in der Woche ein Buch zur Hand, 1995 waren es nur 35 Prozent. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung. Danach lesen besonders junge Leute mehr. In der Gruppe der 18- bis 29jährigen greifen 52 Prozent täglich oder mehrmals in der Woche zur Literatur, bei Personen ab 50 Jahre sind es nur noch 36 Prozent.



## CDU hat mit Volker Rühle die besten Chancen

**„Die Chancen für die CDU werden mit Blick auf die Landtagswahl 2000 immer besser. Mit unserem Spitzenkandidaten Volker Rühle haben wir im Vergleich zur Dezember-Umfrage einen gewaltigen Satz nach vorn gemacht. Die SPD mit Frau Simonis ist im Abwärtstrend“.**

So kommentiert der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Martin Kayenburg, den jetzt veröffentlichten zweiten Polit-Trend von Radio Schleswig-Holstein.

### So gut wie seit 1988 nicht

Bemerkenswert seien vor allem die Werte von Volker Rühle. Beim Bekanntheitsgrad gleichauf mit der Ministerpräsidentin, bei der Bewertung der Arbeit gleichauf mit der Regie-

rungschefin. So etwas habe es für die Union seit 1988 nicht mehr gegeben, stellte Kayenburg fest.

Damit sei die Ausgangslage für die CDU ein Jahr vor der Landtagswahl denkbar gut. Die CDU habe mit Volker Rühle einen Spitzenkandidaten, der gemeinsam mit der FDP im Jahr 2000 den Regierungswechsel herbeiführen werde.

### Noch ein weiter Weg

Dennoch sei es bis zum Wahltermin noch eine weite Wegstrecke, für die langer Atem notwendig sei. „Am Ende wollen wir nicht nur die Umfragen, sondern auch die Wahl gewinnen. Dafür wird die Landtagsfraktion an der Seite von Volker Rühle hart arbeiten“, erklärte Kayenburg abschließend.

## Mittelstand beurteilt Regierung durchweg negativ

**Vom Mittelstand in Deutschland bekommt die Politik der Bundesregierung sehr schlechte Noten. Das ergab eine Umfrage des „Mittelstandsmagazins“ und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU bei rund 40.000 kleinen Firmen.**

Bei der Frage, wie sich die Rahmenbedingungen für ihre Unternehmen auswirken werden, gab es durchweg nur negative Urteile. 100 Prozent erwarten von der rot-grünen Steuerreform „deutliche steuerliche Mehrbelastungen“.

Der überwiegende Teil der Befragten beantwortete die Frage, ob die Neure-

gelung der 630-DM-Jobs zu mehr regulären Beschäftigungsverhältnissen im eigenen Betrieb führen, mit einem klaren „Nein“. 53 Prozent rechnen sogar damit, daß sie 630-DM-Kräfte entlassen müssen. 20 Prozent der Befragten gaben an, diese Neuregelung führe eher zu einem Anstieg der Schwarzarbeit.

Die wieder eingeführte volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall fällt im Urteil ebenfalls durch. Nach Aussage der Unternehmen sei nach ersten Erfahrungen der Krankenstand umgehend gestiegen. Dies könne bei Kleinbetrieben „durchaus existenzbedrohend“ sein.



Protest-Aktion gegen das 630-Mark-Gesetz



**Cashmere?**  
Brauch ich nicht.



**Teure Schuhe?**  
Brauch ich nicht.



**Edle Zigarren?**  
Brauch ich nicht.

So findet ihr Protest-Gehör: Sie senden die nebenstehende Karte ein. Wir helfen sie an den Verantwortlichen weiter.

**HERR SCHRÖDER,  
ICH BRAUCH DIE  
630 MARK!**

Bitte die Kennung des 630-Mark-Gesetzes lege ich Protest ein.  
Die Einzelrechnung ist total ungenutzt und wirtschaftlich sinnlos.  
Ich bin bereit einzustehen, daß mein Protest an den Bundeskanzler  
weitergeleitet wird.

\_\_\_\_\_  
Name (Dr. Name)

Mit der abgebildeten Doppel-Postkarte startet die CDU eine Aktion gegen das geplante 630-Mark-Gesetz der Schröder-Regierung.

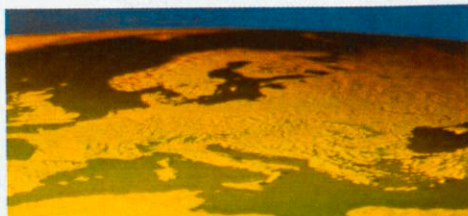
**HERR SCHRÖDER,  
ICH BRAUCH DIE  
630 MARK!**

EINE AKTION DER CDU GEGEN DAS 630-MARK-GESETZ

**Bestell-Nr.: 9567**

Verpackungseinheit: 500 Expl.

Preis je 500 Expl.: 40,- DM



**das ZUKUNFTS-  
PROGRAMM**

der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.



Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Warenwert von 50,- DM werden keine Versandkosten berechnet.

**Bestellschrift**

per Post: IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Fax: 02524/91 13 10

E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

● Zukunftsprogramm der CDU

**Bestell-Nr.: 5363**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 30,- DM



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.



# HERR SCHRÖDER, WIR BRAUCHEN DIE 630 MARK!

EINE AKTION DER CDU GEGEN DAS 630-MARK-GESETZ.

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

# UiD

11/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profflich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.